

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Dr. Ulrike Bosse

17.10.2009 /19.20-19.50 Uhr
18.10.2009 /12.30-13.00 Uhr (Wh.)
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndrinfo.de

Inhalt:

- Aus alt mach neu - Raketenabwehrpläne der USA
- Nach dem Regierungswechsel in Tokio – japanische Außen- und Sicherheitspolitik vor einer Wende?
- Mit Sicherheitsfirmen auf Terroristenjagd – Wie Söldner immer stärker das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellen

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe „Streitkräfte und Strategien“. Am Mikrophon begrüßt Sie Ulrike Bosse.

Über 100 Tote bei Anschlägen innerhalb von zehn Tagen – die Taliban rühmen sich ihrer Erfolge - in Pakistan. Vom Selbstmordattentat auf das örtliche Hauptquartier des Welternährungsprogramms in der Hauptstadt Islamabad über die Attacke auf das Armee-Hauptquartier in der Garnisonsstadt Rawalpindi bis hin zu den Terrorangriffen auf Einrichtungen von Polizei und Justiz im Punjab haben die radikalen Islamisten gezeigt, dass sie den pakistanischen Staat im Kern treffen wollen. Die Regierung Pakistans zeigt sich entschlossen: sie werde sich nicht von ihrer Aufgabe abhalten lassen, die gewaltsamen Extremisten auszulöschen, reagierte Staatspräsident Sardari. Schon nach den ersten Anschlägen hatte der pakistanische Außenminister Qureshi bei einem Besuch in Washington betont, dass Pakistan dazu auch in der Lage sei. Es sei jetzt der gemeinsame politische Wille des Volkes und der Regierung Pakistans, dass der Terrorismus ausgelöscht und der Extremismus in seine Schranken gewiesen werden müsse:

O-Ton:

„The message is that the people of Pakistan, the government of Pakistan and the collective political consensus in Pakistan have started moving forward defeating terrorism and containing extremism.“

Dieses Statement war verbunden mit der kaum verhohlenen Aufforderung an Washington, im eigenen Kampf gegen den Terrorismus die Souveränität Pakistans zu achten – und auch bei den zugesagten umfassenden Hilfen der USA für Pakistan auf Einmischung in die inneren politischen Angelegenheiten des Landes zu verzichten. Die Pakistani sind skeptisch: Der arabische Sender Al Dschasira sendet Straßenumfragen, in denen die Vermutung geäußert wird, die USA steckten hinter den Anschlägen, um Pakistan zu destabilisieren. Selbst gebildete Pakistani äußern in Internetforen die Meinung, dass ihr Land Stück für Stück an Amerika verkauft werde. „Afpak“ ist der Begriff, mit dem in Washington zum Ausdruck gebracht wird, dass sich das Problem radikal-islamistischer Aufständischer in Afghanistan nicht ohne Pakistan in den Griff bekommen lässt – inklusive der Sorge um die Sicherheit der Atomwaffen Pakistans. Bei nicht wenigen Pakistanis aber ruft der Begriff Kolonialisierungsängste wach. Der amerikanische Präsident tut gut daran, sich seine Strategie für die Region sehr gründlich zu überlegen. Es geht um sehr viel mehr als um die Frage, wie viele zusätzliche Soldaten nach Afghanistan geschickt werden sollen – auch wenn dies, mit Blick auf das Engagement der Bundeswehr, in der deutschen Debatte bisher im Vordergrund stand.

Das sind unsere weiteren Themen:

- Aus alt mach neu: Die Raketenabwehrpläne der USA
- Nach dem Regierungswechsel in Tokio: Steht die japanische Außen- und Sicherheitspolitik vor einer Wende? Und:
- Mit Sicherheitsfirmen auf Terroristenjagd: Wie Söldner immer stärker das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellen.

Es herrschte eine gute Atmosphäre beim Besuch von US-Außenministerin Hillary Clinton in Moskau. Die Entscheidung von Präsident Obama, auf die Installation des von der Bush-Regierung geplanten Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien zu verzichten, hat zur Entspannung des Verhältnisses zwischen Washington und Moskau beigetragen. Gleichwohl blieb die russische

Regierung zurückhaltend, was amerikanische Angebote zur Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr angeht. Noch herrsche nicht ausreichend Klarheit über das, was Washington nun eigentlich plane, sagte der russische Außenminister Lawrow. Otfried Nassauer hat recherchiert, was sich über die neuen amerikanischen Pläne herausfinden lässt:

Manuskript Otfried Nassauer

Westeuropa atmete hörbar auf, als US-Präsident Barack Obama am 17. September bekannt gab, seine Regierung verzichte auf die Stationierung des umstrittenen Raketenabwehrsystems in Polen und der Tschechischen Republik. Obama bekam breite Zustimmung. Angela Merkel sah in seinem Schritt ein - Zitat „hoffnungsvolles Signal, die Schwierigkeiten mit Russland zu überwinden.“ Außenminister Steinmeier begrüßte die Gelegenheit – Zitat – „das Thema Raketenabwehr in Europa noch einmal mit allen Partnern neu zu diskutieren.“ Auch die russische Regierung reagierte positiv. In der allgemeinen Erleichterung ging der zweite Teil von Obamas Entscheidung weitgehend unter: Der US-Präsident kündigte an, er werde die bisherige Planung für eine Raketenabwehr in Europa durch eine neue ersetzen. Wie aber sieht diese neue Planung aus?

Ausgangspunkt war eine Neubewertung der iranischen Raketenprogramme. Der Iran mache große Fortschritte bei der Entwicklung von Kurz- und Mittelstreckenraketen. In absehbarer Zukunft könnten diese eine konkrete Bedrohung für US-Truppen und Alliierte im Nahen und Mittleren Osten sowie in Südosteuropa werden. Interkontinentalraketen dagegen, die das amerikanische Festland erreichen könnten, seien Zukunftsmusik. So die neue Einschätzung. Aufgrund dieser Analyse entschied sich Obama, den Schwerpunkt der amerikanischen Planung für die Raketenabwehr in Europa zu verlagern. Seine Regierung will zunächst Abwehrsysteme gegen Raketen kurzer und mittlerer Reichweite aufstellen. Zugleich will sie sich die Möglichkeit bewahren, auf überraschende Fortschritte des Irans bei der Entwicklung von Langstreckenraketen flexibel zu reagieren.

Das heißt konkret: In einem ersten Schritt sollen ab 2011 Abfangsysteme auf Kriegsschiffen mit dem AEGIS-System, der neuen Abfangrakete SM-3 und mit Hilfe des landgestützten mobilen Radarsystems AN/TPY-2 im Mittelmeerraum sowie im Nahen Osten und Mittleren Osten stationiert werden. Dabei geht es um erfolgreich getestete Systeme, die Raketen mit Reichweiten von bis zu 2.000 Kilometern abfangen können. In einem zweiten Schritt sollen ab etwa 2015 eine leistungsstärkere Version der Abfangrakete SM-3 und bessere Aufklärungssensoren hinzukommen. Damit soll der Raum vergrößert werden, der gegen anfliegende Raketen geschützt werden kann. Neben der seegestützten Version der SM-3 soll eine landgestützte, verlegbare Variante treten. Schrittweise soll ein Schutz für alle NATO-Länder in Europa entstehen.

In weiteren Phasen soll ab 2018 eine neue Version der Abfangrakete SM-3 eingeführt werden, die derzeit entwickelt wird. Sie soll auch Raketen großer Reichweite und sogar Interkontinentalraketen bekämpfen können.

Die neue Planung sei nicht nur besser an die Bedrohungsentwicklung angepasst, flexibler und kostengünstiger, sie erlaube auch eine viel intensivere Zusammenarbeit mit den Verbündeten in der NATO und mit Russland, heißt es in Washington. Zudem ermöglicht sie eine bessere Koordination mit anderen landgestützten Abfangsystemen für Kurz- und Mittelstreckenraketen wie zum Beispiel Patriot und THAAD.

Zweifelsohne: Das Argument trifft zu. In der NATO wird unter dem Kürzel ALTBMD an einer integrierten Aufklärungs- und Führungsstruktur für eine Raketenabwehr gearbeitet. Sie soll eine Vielzahl nationaler Projekte und Vorhaben integrieren. Auch hier liegt der Schwerpunkt bei den Abwehrmöglichkeiten gegen Raketen mit Reichweiten von bis zu 3.000 Kilometern. Dazu passt Obamas neue Schwerpunktsetzung gut. Viele Staaten können mitwirken und die Stationierung landgestützter SM-3-Raketen oder verlegbarer Radare auf ihrem Territorium zulassen. Das gilt auch für Staaten außerhalb der NATO. In Israel steht zum Beispiel bereits seit 2008 ein solches Radar. Länder wie die Ukraine oder Georgien haben Interesse an einer Stationierung geäußert. Selbst Russland könnte über eigene Radarsysteme eingebunden werden.

Doch was auf den ersten Blick viele unterschiedliche Interessen gut bedient, hat auch seine Haken. Das wurde deutlich, als Obamas Regierung auf die Enttäuschung reagieren musste, die ihre Entscheidung in Polen und Tschechien hervorrief. Beide Länder hatten sich von den Raketenabwehrsystemen US-Truppen im eigenen Land, deutlich mehr Einfluss in der NATO und vor allem eine langfristige Festlegung versprochen, dass die NATO weiter gegen Russland ausgerichtet bleibe. Nun fühlten sie sich von Obama im Stich gelassen.

Washington bemühte sich rasch, die Enttäuschung zu begrenzen. Dabei zeigte sich, dass auch die neue Planung ein zweiseitiges Schwert werden kann. Ellen Tauscher, die stellvertretende Außenministerin für Rüstungskontrolle und Internationale Sicherheitspolitik, bestätigte am 7. Oktober, dass auch die neuen Pläne die Aufstellung von Abfangraketen in Polen erlauben. Die US-Regierung habe Polen bereits angeboten, landgestützte SM-3 Raketen zu stationieren und eine Änderung des Stationierungsvertrages vorgeschlagen. Der Tschechischen Republik sei angeboten worden, das Hauptquartier für Raketenabwehr dort einzurichten. Generalleutnant O' Reilly, der Chef der Raketenabwehragentur, wies darauf hin, dass man für den Preis der bisher geplanten zehn Abfangraketen jetzt bis zu 70 der neuen Abfangflugkörper kaufen könne.

Das wirft die Frage auf, ob die neue Planung Russland auch auf längere Sicht beruhigen kann? Kurzfristig ist es gewährleistet, weil ein Abwehrsystem gegen Mittelstreckenraketen Russlands nukleare Abschreckung nicht ernsthaft gefährden kann. Doch mittelfristig ändert sich das Bild: Sollten ab 2020 leistungsgesteigerte SM-3-Raketen stationiert werden, die auch Langstreckenraketen abfangen können, so droht aufs Neue die kontroverse Debatte der letzten Jahre. Zudem zeigen die Planungsdokumente der US-Raketenabwehragentur, dass die Entwicklung der bislang in Polen geplanten zweistufigen Abfangrakete nicht gestoppt wird. Sie soll als Rückfalloption zur Verfügung stehen, falls technische Probleme bei der Umsetzung der neuen Planung auftreten. Im Herbst 2010 soll sie erstmals getestet werden.

Kritiker der Raketenabwehr in den USA weisen zudem darauf hin, dass auch Obamas Plan für die Raketenabwehr in Europa technische Risiken birgt und

keinen glaubwürdigen Schutz garantiert. Ähnlich wie das von George W. Bush geplante Raketenabwehrsystem seien die Abfangraketen vom Typ SM-3 noch nie unter realitätsnahen Bedingungen gegen angreifende Raketen mit Täuschkörpern getestet worden.

Auf die Bundesregierung kommt darüber hinaus ein Problem besonderer Art zu. Washington will Israel in die Raketenabwehr für Europa einbinden. Die schon erwähnte Stationierung eines Radars und die Zusammenarbeit bei Israels Raketenabwehrsystem Arrow 2 machen das deutlich. Israel will dabei eigene Fähigkeiten einbringen und diese künftig noch erweitern. Es plant deshalb den Bau von zwei großen Korvetten, die über ein Radar verfügen sollen, das zur Raketenabwehr fähig sein soll. In die Schiffe soll auch ein Senkrechstarter für Flugkörper integriert werden, der von der US-Marine zum Verschuss von SM-3-Raketen genutzt wird. Die Schiffe sollen bei der Hamburger Werft Blohm & Voss konzipiert werden. Ihre Beschaffung hat hohe Priorität, aber Israel fehlt das nötige Geld, um sie zu finanzieren. Es dürfte deshalb nur eine Frage der Zeit sein, bis die Bundesregierung vor einer altbekannten Frage steht: Ist sie bereit, Israel wie bei den Dolphin-U-Booten mit Geld aus dem Bundeshaushalt unter die Arme zu greifen?

* * *

Bosse:

Japan beendet seine militärische Unterstützung der NATO in Afghanistan. Japan hatte zwar keine Truppen vor Ort, aber zwei Kriegsschiffe zur Treibstoffversorgung der NATO-Truppen im Indischen Ozean, die nun abgezogen werden. Es ist nicht der Unwille, im Rahmen der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan zu helfen, der die neue japanische Regierung zu diesem Schritt bewogen hat, sondern ein dezidiert nicht-militärischer Ansatz ihrer Außen- und Sicherheitspolitik. Was sich ändern könnte in Japan in diesem Bereich, dazu Peter Kujath aus Tokio:

Manuskript Peter Kujath

Am 30. August 2009 hat die Demokratische Partei Japans die über 50 Jahre fast ununterbrochen regierenden Liberaldemokraten an der Spitze der Macht

abgelöst. Allerdings ist die Demokratische Partei, kurz DPJ, keine homogene Gruppe, so Professor Wilhelm Vosse von der Internationalen Christlichen Universität in Tokio, der sich besonders mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen beschäftigt:

O-Ton Vosse

„Die DPJ ist eine Partei, die aus Politikern besteht, die aus einer ganzen Reihe von anderen Parteien kommen. Und das politische Spektrum ist sehr, sehr breit. Obwohl die DPJ in einem Erdrutschsieg mehr als 300 Mandate gewonnen hat, ist sie trotzdem in einer Koalition mit zwei kleineren Parteien, unter anderem den Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten stehen für ein sehr pazifistisches Weltbild und werden alle weiteren Einsätze, auch alle UN-Einsätze, zumindest sehr kritisch betrachten.“

Damit ist eines der Spannungsfelder im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik für die neue japanische Regierung umrissen. Ende Januar läuft ein Gesetz aus, das es den Marine-Einheiten der japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte erlaubt, im Indischen Ozean andere Kriegsschiffe zu betanken. Das geschieht im Rahmen des US-geführten Einsatzes gegen den internationalen Terrorismus. Dieses japanische Engagement ist von den westlichen Bündnispartnern, allen voran den USA, als sehr wichtig bezeichnet worden. Doch der neue Verteidigungsminister Toshimi Kitazawa hat bereits das Ende der Mission angekündigt:

O-Ton Kitazawa (overvoiced)

„Die Regierung wird das Gesetz nicht verlängern, wenn es im Januar nächsten Jahres ausläuft. Das ist unser Plan, wie die Betankungsaktion im Indischen Ozean beendet werden wird.“

Um die Verbündeten nicht vor den Kopf zu stoßen, will Japan über andere Maßnahmen nachdenken. Dabei ist von finanzieller Unterstützung die Rede oder vom Einsatz japanischer Polizeikräfte:

O-Ton Kitazawa (overvoiced)

„Wir denken nicht, dass es Japan hilft, internationale Anerkennung zu bekommen, wenn wir unsere Soldaten dorthin schicken. Wir überprüfen derzeit andere Möglichkeiten, zum Beispiel indem wir finanzielle Unterstützung für Hilfsorganisationen bereitstellen oder indem wir Polizei-Einheiten entsenden, die für Sicherheit sorgen können. Wir suchen nach einem neuen Ansatz.“

Ursprünglich wollten die Sozialdemokraten sogar einen sofortigen Rückzug durchsetzen, aber Japans neuer Premierminister betonte, dass in der Diplomatie nicht alles so schnell gehen würde. Als langfristiges Ziel will Yukio Hatoyama eine ostasiatische Gemeinschaft gründen, die das Vertrauen gerade mit den Nachbarn festigt:

O-Ton Hatoyama (overvoiced)

„Ich habe vorgeschlagen, dass wir eine Beziehung schaffen sollten, die auf dem Geist der Brüderlichkeit aufbaut. China und Japan müssen das gegenseitige Vertrauen fördern, aber gleichzeitig die Unterschiede des anderen respektieren. Ich hoffe, dass sich eine ostasiatische Gemeinschaft rund um stabile bilaterale Beziehungen entwickelt.“

Einschränkend muss allerdings angemerkt werden, dass auch schon der frühere Premierminister, Yasuo Fukuda, der Idee einer ostasiatischen Gemeinschaft nachhing. Sein Nachfolger Taro Aso sprach von einer Gürtel-Region, die von Japan über die mittelasiatischen Länder bis nach Europa reichen sollte. Angesichts der unterschiedlichen politischen Systeme in Asien ist derzeit jedoch kaum mehr als ein loser Verbund denkbar, betont Professor Wilhelm Vosse:

O-Ton Vosse

„Japan setzt dort eindeutig auf Wirtschaft, nicht auf militärische Zusammenarbeit. Aber Japan fährt interessanterweise zweigleisig. Zum einen hinterfragen sie nicht die einseitige Bindung an die USA und wollen diese zunächst einmal fortsetzen. Zum anderen will Japan aber mit Korea und China den Grundstein für eine Art Union oder Gemeinschaft legen, die zunächst einmal auf wirtschaftlichen Interessen beruht.“

Nach den ersten Gesprächen in den USA Ende September unterstrich der japanische Außenminister Katsuya Okada die Bedeutung des japanisch-amerikanischen Verhältnisses:

O-Ton Okada (overvoiced)

„Ich hoffe, ich kann dazu beitragen, die Beziehungen zwischen Japan und den USA tiefgehend und dauerhaft für die nächsten 30 oder 50 Jahre zu machen.“

Doch auch der Begriff der „Beziehung auf Augenhöhe“ wird im neuen Hatoyama-Kabinetts verwendet:

O-Ton Kitazawa (overvoiced)

„Es geht um eine Art der Beziehung, in der beide Seiten ihre Meinungen deutlich und ehrlich zum Ausdruck bringen können. In anderen Worten geht es um die Möglichkeit der offenen Diskussion. Wenn ich das sage, habe ich aber immer im Hinterkopf, dass die US-japanische Beziehung so viel Positives zur Entwicklung hier in den letzten 60 Jahren beigetragen hat.“

Der japanische Verteidigungsminister Kitazawa hat all die schweren Probleme im Umgang mit den Vereinigten Staaten auf seinem Schreibtisch. Auf der einen Seite soll das Sicherheitsbündnis mit den USA nicht angetastet werden. Gleichzeitig will sich Japan beim internationalen Engagement der Selbstverteidigungsstreitkräfte aber wieder stärker zurückhalten. Und dann kommt noch das Problem mit den US-amerikanischen Stützpunkten auf Okinawa, den südlichen Inseln Japans, dazu:

O-Ton Kitazawa (overvoiced)

„Dieser Punkt ist für mich der dringendste. Ich möchte zuerst etwas darüber erfahren, was die Menschen auf Okinawa über die Angelegenheit denken. Ich werde deshalb die Präfektur so schnell wie möglich besuchen. Mir ist bewusst, dass die Regierungen der USA und Japans bereits einem Plan zur Umsiedlung zugestimmt haben. Ich werde diesen Plan intensiv prüfen und dann entscheiden, wie es weitergehen kann. Ich will das Opfer würdigen, das die Menschen auf Okinawa über all die Jahre erbracht haben. Ich werde deshalb nach Okinawa fliegen und ihnen zuhören.“

Erklärte Japans Verteidigungsminister kurz nach seinem Amtsantritt. Für die USA ist Japan der sicherheitspolitische Eckpfeiler in Asien wie die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton jüngst wieder betonte. Rund 36 Tausend Angehörige der US-Streitkräfte sind in Japan stationiert. Darüber hinaus ermöglichen die Stützpunkte der US-Flotte einen größeren Handlungsradius in Ostasien. Ein Großteil ihrer Finanzierung liegt übrigens bei Japan. Bei all den Problemen mit der US-Regierung kann Japan im Zweifelsfall auf seine Verfassung verweisen. Denn dort steht unter Artikel 9:

„In aufrichtigem Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten.“

O-Ton Vosse

„Japans Armee ist inzwischen eine sehr moderne Armee. Vor allem die See-Verteidigungstruppen wurden in den letzten Jahren modernisiert. Aber es ist natürlich keine moderne Armee im Vergleich zu den USA oder Frankreich oder Großbritannien. Es ist keine Armee, die in der Lage wäre, in relativ kurzer Zeit Truppen von einem Ort zum anderen zu transportieren.“

So Wilhelm Vosse. Der Widerspruch zwischen dem Artikel 9 und der Existenz der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte erklärt sich dadurch, dass Japan zwar auf das Recht verzichtet hat, Krieg zu führen, nicht aber auf das Recht, sich selbst zu verteidigen. Das sahen die über Jahrzehnte regierenden Liberaldemokraten so, und auch der neue Verteidigungsminister, Toshimi Kitazawa, hält an dieser Interpretation fest:

O-Ton Kitazawa (overvoiced)

„Die japanische Regierung war lange Zeit der Ansicht, dass Japan ein Recht auf kollektive Selbstverteidigung hat. Aber man hat bisher den Weg gewählt, davon keinen Gebrauch zu machen. Und ich respektiere diese Sichtweise. Die japanische Verfassung beschränkt den Einsatz von Gewalt auf den einen Grund, die eigene Nation zu verteidigen. Japan sollte diesen ausschließlich defensiven Ansatz nicht aufgeben.“

Auch zu den drei Anti-Atom-Prinzipien hat sich die neue Regierung wie alle früheren bekannt. Diese besagen, dass Japan keine Atomwaffen herstellen, besitzen oder die Stationierung auf japanischem Boden dulden wird. Den atomaren Schutzschirm der Vereinigten Staaten, der mit der Bündnisverpflichtung im US-japanischen Sicherheitsvertrag festgeschrieben ist, akzeptiert Japan hingegen. Auf die Frage, ob sie ihr Land im Ernstfall verteidigen würden, antworten nur 15 Prozent der japanischen Bevölkerung mit „ja“ , 75 Prozent sehen den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag als nützlich an. Im nächsten Jahr muss der Pakt wie alle zehn Jahre üblich verlängert werden und daran wird auch die neue japanischen Regierung nicht vorbeikommen.

* * *

Bosse:

Soldaten in den Einsatz zu schicken ist nicht populär. In den USA sowenig wie in den anderen Demokratien, in denen die verantwortlichen Politiker sehr ge-

nau begründen müssen, warum sie wie viele Soldaten wohin schicken - und mit welchen Aufgaben. Es gab unterschiedliche Gründe, warum die politisch Verantwortlichen in Washington sich nach dem 11. September 2001 entschieden haben, bestimmte Aufgaben in den von den USA geführten Kriegen an private Sicherheitsfirmen zu delegieren – mit der Folge, dass dadurch auch das staatliche Gewaltmonopol in einigen Bereichen infrage gestellt wurde. Dirk Eckert berichtet:

Manuskript Dirk Eckert

Gewehre, Kanonen, Flugzeuge – wer solche Waffen produziert, kann in Kriegszeiten gut verdienen. Mit den Kriegen in Afghanistan und im Irak ist nun eine neue Generation von Rüstungsfirmen entstanden: die privaten Militärdienstleister. Sie produzieren keine Waffen, ihr Geschäft machen sie vielmehr mit militärischen Dienstleistungen. Das Angebot ist umfangreich und geht vom klassischen Söldnereinsatz über Personenschutz bis hin zu Ausbildungsprogrammen und Truppenversorgung.

In den USA haben diese Firmen einen beispiellosen Aufstieg hinter sich. In großem Stil wurden bei den US-Streitkräften bestimmte Aufgaben ausgegliedert und privatisiert. Allerdings sollte der Kernbereich weiterhin unter staatlicher Hoheit bleiben - dachte man zumindest bisher. Neuesten Eingeständnissen der CIA zufolge ist die Privatisierung militärischer und staatlicher Aufgaben viel weiter fortgeschritten als bislang angenommen. CIA-Direktor Leon Panetta ließ die Bombe am 24. Juni platzen. An diesem Tag informierte er die Geheimdienstausschüsse des Kongresses über ein geheimes Programm.

Demnach begann die CIA kurz nach dem 11. September 2001 damit, Todeschwadronen aufzustellen, um Al Qaida-Mitglieder gezielt zu töten. Dabei helfen sollte ein Privatunternehmen: die bekannte Söldner-Firma Blackwater. Ihre Aufgabe sollte sein, Informationen zu sammeln, Aufklärung durchzuführen und entsprechende Einsätze vorzubereiten und zu trainieren. Eine „Lizenz zum Töten“ soll es für die privaten Dienstleister aber nicht gegeben haben. Nach dem Amtsantritt von Obama stoppte Panetta das Programm, das laut NEW YORK TIMES nie über das Trainingsstadium hinausgekommen war. Panetta beschul-

digte den früheren Vize-Präsidenten Cheney, diese Planungen bewusst vor dem Kongress geheim gehalten zu haben.

Blackwater ist keine unbekannte Firma. Der Militärdienstleister gehört zu den großen Profiteuren der Kriege im Irak und in Afghanistan. Wie viel das Unternehmen durch Aufträge des US-Militärs verdiente, lässt sich nicht genau feststellen. Experten-Schätzungen gehen in die Milliarden. So schützte das Unternehmen etwa nach der Irak-Invasion für 21 Millionen Dollar den Chef der Provisorischen Verwaltung, Paul Bremer.

Kein Militärdienstleister ist in den vergangenen Jahren so in die Kritik geraten wie Blackwater. Mitarbeiter der Firma werden beschuldigt, im September 2007 im Irak 17 Zivilisten erschossen zu haben. Fünf Angestellte sind inzwischen deswegen angeklagt worden; Firmengründer Erik Prince musste 2007 vor dem Kongress aussagen und dort auch auf die Frage des Abgeordneten Danny Davis von den Demokraten antworten:

O-Ton Davis & Prince (overvoiced)

„Sie geben doch zu, dass Blackwater-Angestellte auch unschuldige Zivilisten durch Schüsse getötet haben, oder nicht?“

„Nein Sir, das stimmt nicht. Ich denke, manchmal muss man defensive Gewalt einsetzen, um sich zu schützen und sicher zu entkommen. Dabei kann es Querschläger geben, dabei kann es Verkehrsunfälle geben. Ja, es ist ein Krieg.“

Prince sagte vor dem zuständigen Kongressausschuss aber auch:

O-Ton Prince (overvoiced)

„Blackwater führt keine offensiven oder militärischen Einsätze durch. Wir erfüllen nur defensive Sicherheitsfunktionen.“

Von den geheimen Todesschwadronen erzählte Prince natürlich nicht. Nach Recherchen der NEW YORK TIMES und anderer Zeitungen hat Blackwater den Auftrag für das Todesschwadronen-Programm bekommen, ohne dass ein formeller Vertrag abgeschlossen wurde. Es soll nur Vereinbarungen mit einigen führenden Leuten von Blackwater gegeben haben, darunter Gründer Erik Prince.

Michael Hayden, CIA-Direktor von 2006 bis 2009, verteidigte die Geheimhaltung jüngst damit, das Programm sei in seiner Amtszeit nicht so wichtig gewesen. Von einem Rechtsbruch sprach dagegen die Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des Senats, die Demokratin Dianne Feinstein. Jede bedeutende Operation der Geheimdienste müsse dem Kongress mitgeteilt werden, sagte sie im US-Fernsehen:

O-Ton Feinstein (overvoiced)

„Wären die Geheimdienstausschüsse informiert worden, hätten sie das Programm begutachten und kontrollieren können, sie hätten Berichte einfordern können und Gutachten darüber einholen. Dazu ist es aber nicht gekommen, weil wir im Dunkeln gelassen wurden.“

Im Kongress wächst die Kritik am Einsatz Privater Militärdienstleister. Deren Gewalt könne das Ansehen der US-Streitkräfte in der jeweiligen Region untergraben und damit die Bevölkerung aufwiegeln, warnte eine im Sommer veröffentlichte Studie des US-Kongresses. Dass der Geheimdienst CIA Blackwater-Dienste in Anspruch nimmt, liegt offenbar auch daran, dass ausgeschiedene Geheimdienstler sich als Blackwater-Angestellte von ihrem alten Arbeitgeber wieder anwerben ließen. Darunter waren mindestens zwei Mitarbeiter des Counterterrorismus-Zentrums der CIA. Schätzungen zufolge werden inzwischen mehr als ein Viertel der eigentlich den Geheimdiensten vorbehaltenen Aktivitäten von Beauftragten privater Dienstleister ausgeführt. Mit Firmen zusammenzuarbeiten, sei grundsätzlich für jede Behörde normal, sagte Ex-CIA-Direktor Michael Hayden am 20. August in einer Diskussion im National Press Club in Washington:

O-Ton Hayden (overvoiced)

„Wir haben private Dienstleister, weil sie über Wissen, Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, die wir nicht besitzen oder zumindest zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht gehabt haben.“

Gezielte Mordanschläge sind der CIA allerdings laut einer Präsidenten-Anordnung ausdrücklich verboten. Erlassen wurde sie 1976 von Präsident Gerald Ford nach entsprechenden Anschlägen etwa auf Fidel Castro. Die Bush-Regierung argumentierte aber, dass dieses Verbot nicht für gezielte Tötungen im Krieg gilt. Außerdem soll US-Präsident George W. Bush die CIA nach dem

11. September 2001 ausdrücklich autorisiert haben, Al Qaida-Mitglieder zu fassen und zu töten. Deswegen hat es offenbar der damalige Vize-Präsident Dick Cheney nicht für nötig gehalten, den Kongress über die Aufstellung der Todesschwadrone zu informieren.

Gezielte Tötungen im Krieg hält übrigens auch die Bush-Nachfolgeregierung für vertretbar. Seit Obamas Amtsamtritt wurde immer wieder versucht, mittels Drohnen Mitglieder von Al Qaida im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet zu töten. Solche Attacken treffen oft die Falschen, immer wieder werden dabei Zivilisten getötet.

Beteiligt an diesen Missionen ist auch Blackwater. Das deckte Ende August die NEW YORK TIMES auf. Angestellte des Unternehmens, das sich mittlerweile in Xe Services umbenannt hat, bestücken in Afghanistan unbemannte Predator-Drohnen mit Raketen und Bomben. An der Entscheidung über etwaige Einsätze sei Blackwater aber nicht beteiligt, hieß es.

Das Sicherheitsunternehmen bewacht außerdem seit 2002 CIA-Einrichtungen in Afghanistan und Pakistan. Im Juli bekam Xe Services den Auftrag, den Flugdienst der Militärbasis Bagram bei Kabul zu organisieren. Der Vertrag hat einen Wert von 8,9 Millionen Dollar. Blackwater beziehungsweise Xe Services ist also noch gut im Geschäft mit der US-Regierung, auch wenn das Todesschwadronen-Programm gestoppt worden ist. Der Präsidentenwechsel in den USA hat daran nichts geändert.

* * *

Bosse:

Und jetzt noch ein Nachtrag:

In unserer Sendung Anfang des Monats hatten wir über die Schwierigkeiten von Soldaten berichtet, einen Versicherungsschutz während eines Auslandseinsatzes zu bekommen. Mittlerweile hat sich hier etwas getan. Nach langwierigen Verhandlungen können sich Bundeswehr-Soldaten nun bei dem französischen Militärversicherer AGPM gegen die Risiken absichern – und zwar auch, wenn sie sich aktiv an einem Kampfeinsatz beteiligen.

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen, unter ndrinfo.de. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann jeweils das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu.

Am Mikrophon verabschiedet sich Ulrike Bosse.